



RESOLUTION

Urheber	UDC, durch Julien Besson, Damien Fumeaux und Blaise Melly
Gegenstand	Nein zur Ausweitung der Covid-Zertifikatspflicht
Datum	07/09/2021
Nummer	2021.09.328

Der Bundesrat möchte die Zertifikatspflicht auf Innenbereiche von Restaurants, Kultur- und Freizeiteinrichtungen ausweiten. Dies würde sehr viele Orte des sozialen Lebens betreffen: Restaurants, Bars, Clubs, Theater, Kinos, Museen, Zoos, Fitnesszentren, Schwimmbäder usw. Da die Tests ab dem 1. Oktober kostenpflichtig werden, würde dieser Schritt diese Orte de facto für nicht geimpfte Personen, das heisst, für 47 Prozent der Schweizer Bevölkerung, unzugänglich machen.

Es liegt auf der Hand, dass diese Einschränkungen gravierende Auswirkungen auf den Umsatz der betroffenen Betriebe haben werden. Diese Branchen waren bereits von den Massnahmen in der ersten und zweiten Welle besonders stark betroffen. Die Erfahrungen in Frankreich, Dänemark und Russland haben gezeigt, dass mit einem Umsatzrückgang zwischen 30 und 45 Prozent zu rechnen ist. Diese katastrophalen wirtschaftlichen Auswirkungen haben Dänemark und Russland dazu veranlasst, ihren Gesundheitspass wieder abzuschaffen.

Die betroffenen Branchen haben sich deutlich gegen die vorgeschlagene Ausweitung ausgesprochen. GastroSuisse ist gegen die Einführung des Covid-Zertifikats in öffentlichen Einrichtungen. Seine Mitglieder befürchten einen Einbruch der Gästezahlen. Der Verband weist überdies darauf hin, dass lediglich 3 Prozent der Betriebe das Covid-Zertifikat freiwillig eingeführt haben. Es entspricht offensichtlich nicht einem Wunsch der Kundschaft. Der Schweizerische Fitness- und Gesundheitscenter Verband hat sich ebenfalls gegen die Einführung einer Zertifikatspflicht ausgesprochen. Diese Betriebe würden Gefahr laufen, ihren Abonentinnen und Abonneten, die ihre Dienstleistungen nicht mehr nutzen können, Geld zurückerstatten zu müssen. Sie müssten zudem zahlreiche Abo-Kündigungen in Kauf nehmen. Schliesslich ist auch der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) entschieden gegen die vom Bundesrat vorgeschlagene Zertifikatspflicht. Er weist auf die fehlende gesetzliche Grundlage, die Ineffizienz der Massnahme sowie die Kosten und Einnahmeeinbussen für die betroffenen Unternehmen hin.

Schlussfolgerung

Gemäss Artikel 113 Absatz 1 GORBG lehnt der Walliser Grosse Rat die Ausweitung der Covid-Zertifikatspflicht ab und fordert den Bundesrat auf, darauf zu verzichten.